

Bezirksmitgliederversammlung Schleswig-Holstein Kiel, 28.11.2010

## **Auswertung des 19. Parteitags unter dem Gesichtspunkt:**

### **Politik der DKP in Schleswig-Holstein zu entwickeln**

**(Bettina Jürgensen, am 28.11. noch Bezirksvorsitzende der DKP-SH)**

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Gäste,

der 19. Parteitag der DKP wurde vor mittlerweile sieben Wochen beendet. Eigentlich Zeit genug, um die Ergebnisse inzwischen in den Gruppen, Kreisen und Bezirken, als auch auf Bundesebene eingeschätzt zu haben, daraus die Schlussfolgerungen für die nächsten Aufgaben der DKP zu ziehen und nun die entsprechenden Arbeitsschritte einzuleiten.

In vielen Gruppen und weiteren Gliederungen der Partei ist es auch bereits geschehen, andere haben schon Termine dafür gesetzt, weitere sind noch dabei zu beraten wie diese Auswertung am Besten geschehen kann.

Fakt ist: dieser 19. Parteitag hat nicht nur den Delegierten des Parteitags, sondern allen Mitgliedern Beschlüsse mit auf den Weg gegeben, die es gilt jetzt umzusetzen. Mit der auf dem Parteitag mit großer Mehrheit beschlossenen „Politischen Resolution“ hat die DKP jetzt eine aktuelle Einschätzung der gesellschaftlichen Situation sowie eine Orientierung und mit dem „Aktionsorientierten Forderungsprogramm“ gewissermaßen das Handwerkszeug, um politisch aktiv zu bleiben oder zu werden, sich mit unseren Positionen in die Debatte, die in allen Bewegungen unseres Landes geführt wird, noch stärker als bisher einzubringen. Nicht nur das: wir haben die Möglichkeit unsere Alternativen darzustellen und Wege zu einem Politikwechsel aufzuzeigen.

In der Partei gibt es Einigkeit darüber, dass es heute notwendig ist sich aktiv an den Kämpfen unserer Zeit zu beteiligen: Bewegungen gegen Sozialabbau insbesondere mit den Gewerkschaften, Anti-AKW-Proteste, antifaschistischer Kampf, Friedens- und Antikriegsbewegung, Aktionen gegen Demokratieabbau und Überwachungsstaat sind nur einige Beispiele von aktuellen Kämpfen, in denen KommunistInnen der DKP aktiv sind.

Doch auch die bereits in den vergangenen Jahren geführte Debatte, die vor allen Dingen mit der Programmdiskussion auch größere Teile der Partei einbezogen hatte, fand auch auf diesem Parteitag in Frankfurt statt. In der Abstimmung über die Grundlagen zur Antragsdebatte stimmte eine knappe Mehrheit gegen den „Berliner Antrag“ und gegen einen Hamburger Antrag einer „Handlungsorientierung“. In diesen Anträgen spiegelten sich teilweise andere Einschätzungen der politischen Situation und der sich daraus ergebenden Aufgaben für die DKP wider – insofern standen diese Anträge bei der Abstimmung gegen die „Politische Resolution“ und das „Aktionsorientierte Forderungsprogramm“.

Bereits in der Phase des Erarbeitungsprozesses des 2006 beschlossenen Programms der DKP wurden unterschiedliche Einschätzungen z. B. zu der Frage Globalisierung, Neoliberalismus und Imperialismus diskutiert.

Diskussionen um offene und nicht im Programm beantwortete Fragen hätten wir in der Partei intensiver weiter müssen, hätten stärker die Gruppen auch auf die inhaltliche Debatte zu diesen Fragen orientieren müssen. Das dies nicht, bzw. erst spät oder auch in den Bezirken in unterschiedlicher Intensität geleistet wurde, macht die Auseinandersetzung um verschiedene Positionen heute nicht leicht.

Zudem gibt es durch die aktuelle ökonomische und politische Situation, die u.a. durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise meines Erachtens auch viele neue Fragen auf die Kommunistinnen und Kommunisten Antworten geben müssen. Das gibt es z.B. auch die Frage um welche Art der Krise es sich handelt – eine „normale“ zyklische Krise des kapitalistischen Systems oder eine „Übergangs- bzw. Große Krise“ aus der sich dann völlig neue Lebens-, Arbeits- und entsprechend auch Kampfbedingungen ergeben.

Die Diskussion um die unterschiedlichen Einschätzungen und sich daraus entwickelnden Positionen zeigt, dass es nicht immer gemeinsame Antworten und somit also weiteren Klärungsbedarf gibt. Es gibt Genossinnen und Genossen, die sich aktuell nicht in diese Diskussionen einbringen wollen, oft auch vor dem Hintergrund, dass es gerade jetzt die Zeit für KommunistInnen ist aktiv zu sein, in Gewerkschaften und außerparlamentarischen Bewegungen aktionsorientiert zu wirken und gesellschaftliche Alternativen aufzuzeigen. Manche haben schlichtweg gesagt „keine Lust“ auf „schon wieder“ (nach der Neuererdebatte

Ende der 80er Jahre) eine Richtungsdebatte in der Partei – erst Recht nicht während der Einsatz aller Mitglieder draußen bei den Aktionen notwendig ist. Wieder andere GenossInnen sehen die Einheit der Partei in Gefahr, in einer Zeit, in der wir dringender denn je die Geschlossenheit, einheitliches Handeln brauchen, um dazu beizutragen Veränderungen positiv im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen, oder auch den Kampf gegen die Herrschenden und die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Menschen zu führen.

Doch wir können uns hier nicht von einem Wunschdenken leiten lassen, wir müssen momentan mit der Tatsache unterschiedlicher Positionen in der DKP umgehen. Insgesamt ist es ja auch nichts Neues, dass es in kommunistischen Parteien Diskussionen um Weg und Ziel gibt. Das dies auch produktiv sein kann, zeigt letzten Endes die Geschichte der kommunistischen Bewegung, in der die Debatten vor einem Stillstand und einem Beharren bewahren, Debatten dazu dienen, nicht nur die politische Einschätzung der Gegenwart zu ermöglichen, sondern, davon ausgehend, dann auch aktionsorientiertes Handeln zu entwickeln.

Wir werden uns mit inhaltlichen Fragen auseinandersetzen müssen, wir werden als Partei darüber diskutieren müssen und wir werden auch zu gemeinsamen Antworten der DKP kommen müssen. Schließlich hängt von der Beantwortung der offenen Fragen auch die weitere Richtung, das weitere Handeln und die aktuellen Aufgaben und Ziele der DKP ab.

Wie diese Diskussion geführt wird, hängt nicht zuletzt entscheidend von den Gruppen, Kreisen und Bezirken ab, die diese Diskussion vor Ort entwickeln sollten. Der Parteitag hat beschlossen, dass eine Theoretische Konferenz in 2011 durchgeführt werden soll, deren Grundlage das Parteiprogramm und weitere Positionspapiere, u.a. die „Thesen des Sekretariats“, sein sollen. Auf der 2. Parteivorstandssitzung im Dezember wird ein Vorschlag beraten und – wenn möglich - beschlossen, wie diese Konferenz vorbereitet und durchgeführt werden soll. Meiner Meinung muss versucht werden alle Mitglieder der DKP in diesen Diskussionsprozess einzubeziehen, also die Diskussion in möglichst allen Gliederungen der Partei angeregt werden.

Doch nicht nur die Inhalte, auch die Art und Weise, in der wir in der Partei diskutieren muss evtl. hinterfragt werden. Wenn wir tatsächlich an einem ernsthaften und vom Wissen der

Parteimitglieder erarbeiteten Ergebnis ausgehen wollen, heißt dies doch auch allen die Möglichkeit zu geben ihre Meinung einfließen zu lassen. Dazu gehört unbedingt eine solidarische und alle Meinungen ernstnehmende Debatte. Da jedoch der Umgang miteinander, aber auch die Erfahrungen der einzelnen GenossInnen als auch der Gruppen sehr unterschiedlich sind, sollte hier beraten werden wie die Diskussion geführt wird.

Genossinnen und Genossen,

weshalb eigentlich dieser lange Exkurs um die eigentlich eher interne Diskussion der Partei? Oder ist sie doch nicht so intern, wie wir manchmal denken? Schließlich fragen uns auch interessierte aus Bündnissen und Bewegungen, Menschen mit denen wir hier und da einmal über die DKP, vielleicht sogar über eine Mitgliedschaft in unserer Partei reden, „was denn bei uns los ist – worüber wir uns denn eigentlich auseinandersetzen?“

Das zeigt, so ganz im Verborgenen bleibt es nicht, d.h. aber auch dass wir Antworten finden müssen, um auch weiterhin nach außen als eine gemeinsame Kraft zu agieren.

Es geht in der Partei um unterschiedliche inhaltliche Einschätzungen der politischen Situation, aber auch der Rolle der Partei u.a. in Bewegungen. Doch das kann kein Dauerzustand werden. Nach einem Diskussionsprozess werden wir hier wohl „über kurz oder lang“ zu gemeinsamen Einschätzungen in den wesentlichen Fragen kommen müssen. Die Basis, von der ausgehend die Diskussionen geführt werden müssen, ist das Programm der DKP, sind aber auch die aktuellen Beschlüsse des Parteitags. Diese sollten unbedingt mit einbezogen werden, da mit ihnen u.a. der Aktionsradius der nächsten Zeit bestimmt wird.

Und darum muss es uns doch in erster Linie gehen: das gemeinsame Handeln, nicht nur der Mitglieder unserer Partei, sondern von möglichst großen Teilen der Bevölkerung insgesamt besser als bisher zu entwickeln. Denn schließlich befindet sich „der Kapitalismus (...) nach wie vor in seiner tiefsten Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg“ (Politische Resolution) und „Ein Ende der Krise ist bislang noch nicht absehbar. Die ökonomischen, sozialen und politischen Folgen werden erst allmählich deutlich.“ (Politische Resolution)

Die Abwälzung der Krisenlasten erfolgt auf den Rücken der Mehrheit der Bevölkerung.

Dafür gibt es eine ganze Reihe von Beispielen, hier sind nur einige genannt:

- o die sogenannte Gesundheitsreform mit den Mehrkosten für die arbeitenden Menschen, der Entlastung der Arbeitgeber und der Gewinnsteigerung der Pharmakonzerne

- o die neue Regelung des Hartz IV – Gesetzes, u.a. mit gerade einmal 5.- Euro mehr
- o die Rente mit 67 – inzwischen wird schon die Frage laut, ob nicht auch bis 70 gearbeitet werden sollte
- o die Verlängerung von Arbeitszeiten statt der von uns geforderten Arbeitszeitverkürzung
- o auch die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke im Interesse der Energiekonzerne gehört dazu

Gegen diese Maßnahmen und Gesetze der Herrschenden entwickelt sich Protest. Und die DKP ist mal mehr, mal weniger an diesen Protesten beteiligt.

Unser Parteitag war auch geprägt von Beiträgen der GenossInnen, die in Bewegungen wie z.B. „Stuttgart 21“ aktiv sind. Und er war ein Parteitag, auf dem Gäste aus Bewegungen und Gewerkschaften teilgenommen haben, die in ihren Grußworten auch auf aktuelle Fragen eingegangen sind.

*Horst Schmitthenner von der IG-Metall hat in seinem Grußwort auf unserem Parteitag betont: „Die Krisenbewältigung kann niemand alleine schultern, weder die DKP, noch die Linke, noch die Gewerkschaften, noch die zivilgesellschaftlichen Organisationen. Das geht meiner Einschätzung nach nur gemeinsam. Wobei die Voraussetzungen günstig sind. Von 2/3 der Bevölkerung wird die jetzige Politik abgelehnt. Egal, wo man hinsieht, ob es um das Gesundheitswesen geht oder um Hartz IV geht, 2/3 der Bevölkerung sagen, es geht in Deutschland nicht gerecht zu. Also, Unzufriedenheit ist da, da muss nicht nachgelegt werden. Woran wir arbeiten müssen, ist etwas anderes. Wir müssen arbeiten an Alternativen zum herrschenden System und daran, wie wir sie realistisch durchgesetzt bekommen. Daran, denke ich, müssen alle Teile der linken Bewegung arbeiten. Ohne die Eigenständigkeit aufzugeben, müssen wir nach inhaltlichen Schnittmengen suchen, und an Konzepten und Strategien arbeiten, die wir gemeinsam tragen.“*

Dazu wollten und haben wir in der Vorbereitung des „Heißen Herbst“, bei der Unterstützung und Teilnahme an den Aktionen der Gewerkschaften, die unter dem Motto „Gerecht geht anders“ und „Kurswechsel – für ein gutes Leben“ in vielen Orten und Betrieben durchgeführt wurden, beigetragen.

Es gibt einiges an Aktivitäten der letzten Monate und Wochen, die auch für die Entwicklung von regionalen Protesten eingeschätzt werden sollten.

Insbesondere die Bewegung und Aktionen gegen Atomkraft und Laufzeitverlängerung sind hier zu nennen, dazu einige Beispiele:

- o die Aktion Kettenreaktion im Juni 2010 mit 120.000 TeilnehmerInnen
- o in Berlin am 18. September mit 100.000 Menschen
- o 50.000 AtomgegnerInnen in München am 9. Oktober
- o am 23.10. in 120 Städten stattgefundenen Aktionen zur Kampagne „Castor schottern“
- o und am 6. November über 50.000 Menschen in Dannenberg, die forderten:  
„Rote Karte für Atomkraft! Castor stopp, Atomausstieg sofort!

Das besondere an diesem Tag war der Erfolg des breiten Bündnis aus Umweltorganisationen und Bürgerinitiativen, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und vielen Menschen der Bevölkerung aus der Region, die sich zum Ziel gesetzt hatten, den Castor-Transport so lange wie möglich zu behindern. Wir wissen: es ist ihnen gelungen, der Zug war so lange wie nie vorher unterwegs. Es zeigt also: Ziele können gesetzt und erreicht werden, wenn sie unter diesen politischen Bedingungen realistische Ziele sind.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir haben in dem Referat an den Parteitag festgestellt, dass die Bewegung gegen die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken, aber auch der damit in Zusammenhang stehenden Endlagerpolitik der CDU/FDP-Regierung momentan eine der gut organisierten Protestbewegungen in der BRD ist. Kanzlerin Merkel und ihre Regierungstreuen selbst haben bei vielen zu Erkenntnis beigetragen, dass den Energiekonzernen der Profit heilig ist. Wir wissen, dass sich diese Frage endgültig nur lösen lässt, wenn die Eigentumsfrage geklärt ist. Bei oben genannten und auch künftigen Aktionen bringen wir unsere Unterstützung aber auch unsere Forderungen in die Diskussion ein: Verstaatlichung der Energiekonzerne und demokratische Kontrolle! Atomkraftwerke abschalten – sofort!

Stuttgart 21 ist weiter in aller Munde. Der Schlichter Heiner Geisler will in der kommenden Woche erste Ergebnisse seiner Gespräche zwischen Gegnern des unterirdischen Bahnhofbaus und den Befürwortern, also den Vertretern von Bahn und Regierungen kundtun. Wir dürfen gespannt sein, denn wenn anderswo oft genug angesichts so einer Gesprächsrunde die Mobilisierung von Widerstand abebbt, schafften es die Stuttgarter den Protest weiter zu führen.

Zu diesen Beispielen kommen noch die gewerkschaftlichen bzw. von oder mit Bündnissen organisierten Aktionen in Nürnberg, Erfurt, Hannover, Dortmund, Stuttgart, Kiel und Berlin hinzu, an denen weit über 100.000 Menschen teilgenommen haben. Wie ist da die Aussage in der „Politischen Resolution“ zu verstehen, die da heißt:

**„Anders als es manche zunächst erwartet hatten, hält sich der Widerstand dagegen und der Kampf für einen demokratischen Ausweg, für gesellschaftliche, soziale und politische Alternativen jedoch nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen Ländern bislang in Grenzen.“**

Sicher, es ist einiges in Bewegung geraten, in einigen Orten und auch in einigen Betrieben wurden entsprechend der Aufrufe des DGB, von ver.di und IG Metall Aktionen, Demonstrationen organisiert und durchgeführt. Doch die breite und große Bewegung ist bisher in der Tat leider ausgeblieben.

Das wiederum sollte Grund genug sein die positiven Erfahrungen zu nutzen, zu verallgemeinern und auf diesen aufzubauen um weitere Aktivitäten zu starten.

Eine dieser positiven Erfahrungen wurde meines Erachtens hier bei uns in Schleswig-Holstein gemacht. An einem Werktag, dem Donnerstag, kamen über 10.000 Menschen aus unterschiedlichsten Bewegungen, Organisationen, Parteien aus dem ganzen Land, teilweise mit Bussen, nach Kiel, um ihren Protest gegen das sogenannte „Sparpaket“ in einer Demonstration zum Landeshaus zu tragen. Das Besondere ist aber nicht nur der Wochentag, sondern auch die Breite des Bündnisses. Der DGB als Träger hat mit der Losung „Gerecht geht anders!“ die Aktionen angemeldet, das landesweite Bündnis hat sie unter „Gerecht geht anders – wir zahlen nicht für eure Krise!“ mitgetragen und durchgeführt. In der Vorbereitung war eine relativ gute Verzahnung des DGB mit dem Bündnis festzustellen. Dieses gemeinsame Vorgehen, das aus anderen Orten in dieser Art nicht so festzustellen ist, wird wohl entscheidend zu dem Erfolg beigetragen haben.

Darauf sollte in der Zukunft aufgebaut werden. Und es wird sicher weitere Aktivitäten geben müssen, um nicht nur die Sparpakete an den Absender zurück zu geben, sondern mit mehr Nachdruck für eine andere Politik zu fordern.

**Um diese Proteste aufzubauen treten wir, wie es unser Programm sagt**

**„für eine gleichberechtigte, partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten ein. Sie (die DKP) respektiert die politischen Motive, die Weltanschauung und die organisatorische Selbstständigkeit ihrer Bündnispartner und erwartet von ihnen die gleiche Haltung**

**gegenüber der DKP. Die Mitglieder der DKP stellen in ihrer Arbeit in den Initiativen die Eigentumsfrage als die Grundfrage jeder Bewegung.“**

Mit diesen wenigen Sätzen ist eigentlich der Kern unserer Zusammenarbeit mit anderen Kräften in den Bewegungen beschrieben. Dabei geht es uns nicht darum, mit wem wir zusammenarbeiten, sondern welches Ziel die Bewegung verfolgt. Oft sind es nur punktuelle Übereinstimmungen, Forderungen, zu denen sich verschiedene Bewegungen treffen, gemeinsam aktiv werden. Auch dies ist für kein Hinderungsgrund, bereits *Lenin* schreibt in **„Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ die Partei muss in der Lage sein „sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen, aber auch mit den nichtproletarischen werktätigen Massen zu verbinden, sich ihnen anzunähern, ja, wenn man will, sich bis zu einem gewissen Grade mit ihnen zu verschmelzen.“**

Dabei, so *Lenin*, werden die Massen dann ihre eigenen Erfahrungen von der Richtigkeit der Politik der kommunistischen Partei machen. Klar, diese Erkenntnisse sind erstens nicht neu, zweitens aber brauchen auch Erkenntnisprozesse ihre Zeit. Und sie werden, s.o., in der gemeinsamen Aktion und der dabei auch stattfindenden Diskussion erlangt. Denn, so legt *Lenin* dar, dass man

**„einen mächtigen Gegner... nur unter größter Anstrengung der Kräfte besiegen“ kann; dass man es verstehen muss „einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen, modernen Sozialismus überhaupt begriffen.“**

Wenn wir heute das landesweite Bündnis „Gerecht geht anders – wir zahlen nicht für eure Krise!“ sehen, das gemeinsam mit Gewerkschaften die Demonstration am 18.11. organisiert und durchgeführt hat, wenn wir als DKP in Schleswig-Holstein uns als Teil dieser Bewegung verstehen, müssen wir erkennen, dass es stimmt: dort arbeiten wir auch mit denen, die sich nicht das Ziel einer anderen Gesellschaft gesetzt haben zusammen. Die Breite des Bündnisses ist aber bezeichnend für die Betroffenheit durch die geplanten oder bereits stattgefundenen Kürzungen der Landesregierung. Da stehen – endlich einmal wieder – ganz viele Frauenberatungsstellen, Frauenhäuser, Frauengruppen neben bäuerlichen Protestlern, neben Gewerkschaftern aus Betrieben und Arbeitslosen, mit Wohlfahrtsverbänden, dem Blindenverein oder den Bildungsbündnissen. Und auch attac, Parteien bis hin zu autonomen

Gruppen kennen alle eine Adresse ihres Widerstands: die Regierung als Vertretung der Mächtigen in Finanz- und Konzernetagen.

Wie ist ihre Reaktion auf die Proteste – einige der DemonstrantInnen, die vielleicht erstmalig sich in dieser Form zu Wort melden, haben die leise Hoffnung gehört zu werden.

Und so ist es denn auch, allerdings in der den Herrschenden eigenen Art

Gar nicht so unbemerkt wie von den Herrschenden vielleicht gehofft, wird ihr Versuch der Krisenbewältigung gehört, nimmt auch der Widerstand gegen den langsam aber stetig stattfindenden Abbau demokratischer Rechte zu.

Nicht nur bei dem weiteren Ausbau zum Überwachungsstaat, der Abschottung der Grenzen gegen Flüchtlinge oder gegen dem seit langen Jahren bekannten rigiden Umgang staatlicher Sicherheitskräfte mit DemonstrantInnen, die mit zivilen Ungehorsam ihren Widerstand untermauern, wird die Demokratiefrage immer häufiger gestellt.

Die Proteste und der Widerstand von Bevölkerung richtet sich inzwischen auch gegen den per Gesetz stattfindenden Abbau von Demokratie.

Zwei Beispiele:

- o da wird in Stuttgart ein Bahnhof beschlossen und verbaut, den die Mehrheit der Bevölkerung nicht will
- o da sind lt. Umfragen über 80 % der Bevölkerung gegen die Kernenergie und für den baldigen (wir sagen sofortigen) Ausstieg, und die Regierung beschließt eine Laufzeitverlängerung

Und es werden nicht nur die Gesetze beschlossen, sondern auch deren Umsetzung. Diese wird dann oft genug mit Polizeigewalt durchgesetzt, bzw. wie im Falle „Castor-Transport“ sofort mit beschlossenen 17.000 PolizistInnen gegen jeglichen Widerstand einzusetzen.

Da findet in Kiel die Demonstration des DGB statt und die TeilnehmerInnen werfen den LandespolitikerInnen die Sparpakete vor ihre Tür im Landeshaus „Zurück an Absender“. Eine kreative und gute Aktion, versperrt sie zwar den DemonstrantInnen den Zugang zur Landtagsdebatte, aber eben auch den zur Stunde tagenden Parlamentariern den Ausgang. Im Nachklang ist zu hören: es gab Abgeordnete, die sich von den Pappkartons bedroht fühlten. Anlass leider auch in den Kreisen des DGB-Nord über eine Entschuldigung für diese Aktion an die Abgeordneten nachzudenken. Wenn GewerkschafterInnen die Sparpakete an die Landesregierung zurückgeben, dies tun, weil der DGB zu einer erfolgreichen und politisch sinnvollen Demonstration und Aktion aufgerufen hat, dann sollten die ehren- und

hauptamtlichen GewerkschaftsvertreterInnen dies zum Anlass nehmen sich auf nächste und größere, ebenso kreative Aktionen vorzubereiten, und sich nicht bei den Adressaten entschuldigen! Wenn sich jemand zu entschuldigen hat, dann doch die, die diese Kürzungen in unserem Geldbeutel vornehmen und noch dazu uns so zwingen, bei ihnen einen Besuch abzustatten.

Da halten wir es doch schon eher mit dem Redner von attac, Professor Grottian, der zu einer Radikalisierung des bisher weitgehenden symbolischen Protestes durch z.B. spontane Arbeitsniederlegungen und eine friedliche Besetzung des Landtages wünschte. Die Antwort an ihn: Grottian erhielt eine Strafanzeige durch den Landtagspräsidenten Torsten Geerds. Der CDU-Abgeordnete Kalinka forderte aufgrund dieser Aktion umgehend wieder die vor Jahren abgeschaffte die Bannmeile vor dem Landtag. Damit wird versucht eine Kriminalisierung der Bewegung in Gang zu setzen. Das passt denn auch genau in die Richtung, in die sein Parteikollege de Mazière gerade winkt. Er sieht die terroristische Bedrohung, macht mit äußerst dubiosen Aussagen über das wann und wo Politik, versucht damit anscheinend von den vielerorts stattfindenden Protesten in unserem Land abzulenken, dass selbst dem BKA-Chef die Haare zu Berge stehen und dieser die Aussagen des Innenministers schon öffentlich als Stimmungs- und Panikmache bewertet. Und Tatsache ist auch, dass immer lauter über den Einsatz der Bundeswehr gegen DemonstratInnen nachgedacht wird. Das deckt sich mit den Aussagen in der „*Politischen Resolution*“:

**„...Unklar ist auch, was künftig an die Stelle bisheriger „Wachstumsfelder“ der kapitalistischen Entwicklung (Automobilindustrie u.a.) treten wird. Klar ist aber, dass vor allem restriktive Veränderungen anvisiert werden, mit denen die Vertreter des Kapitals ihre Herrschaft mit noch reaktionäreren Methoden sichern, d.h. neue ökonomische, soziale und politische „Regularisierungsmechanismen“ durchsetzen. Diese werden aber zugleich zu einer weiteren Zuspitzung bestehender Widersprüche und zu einer weiteren Verschlechterung der Lebensbedingungen für viele Menschen führen.“**

Reaktionäre Politik hängt auch immer zusammen mit dem beschwören von Feindbildern. Es ist der Antikommunismus, es ist der Islamismus und der Terrorismus.

Die Grenzen dieser Politik liegen da, wo die Menschen in der Mehrheit nicht mehr bereit sind reaktionäre Entwicklungen hinzunehmen, wo rechtzeitig solche Entwicklungen erkannt und ihnen durch gemeinsame Aktionen rechtzeitig „ein Riegel vorgeschoben“ wird. Wir können jetzt schon versuchen Stück für Stück vor Ort oder in einzelnen Politikfeldern erfolgreich im Interesse der Menschen etwas zu erreichen. Aber erst wenn wir gemeinsame Forderungen entwickeln und gemeinsam um deren Durchsetzung ringen, wenn dabei der große Teil der

Bewegungen und Menschen einbezogen wird, können wir wirklich einen Politikwechsel durchsetzen.

Dazu braucht es nicht nur das Wissen weshalb und wie wir uns wehren können, sondern auch den Mut dies zu tun. Das wiederum erfordert die geeigneten Aktionsformen, die von vielen Menschen getragen und durchgeführt werden.

Noch, Genossinnen und Genossen,

ist der Umbau zu einem reaktionärerem System nicht vollzogen.

Vor einigen Jahren (Jahrzehnten?) haben wir betont, wir kämpfen um das Gläserne Rathaus – damit man draußen sieht, was drinnen vorgeht. Wenn die Herren Kalinka und Co ihren Willen durchsetzen und die Demokratie auch in dieser Frage weiter abbauen, müssen wir uns auf noch andere Formen des Widerstands einstellen. Deshalb gilt auch hier: vorsorgen ist besser als heilen. Nutzen wir die bestehenden Möglichkeiten gemeinsam mit anderen weiter den Widerstand in unserem Land zu entwickeln.

Aber bleiben wir auch dort am Ball, wo wir unsere gesellschaftliche Alternative aufzeigen können.

Dazu gibt uns dieser Landtag die Möglichkeit, unsere „Landespolitischen Forderungen“, die wir in der Vorbereitung der vergangenen - vorgezogenen - Landtagswahl im September 2009 erarbeitet haben noch einmal auf Aktualität zu prüfen, überarbeiten und damit in den nächsten Landtagswahlkampf zu gehen. Nach Lage der Dinge wird dieser voraussichtlich noch in 2011 stattfinden. Auch wenn es dazu von den verschiedenen im Landtag vertretenen Parteien unterschiedliche Aussagen gibt, ist sich die Mehrheit der Parteien zumindest darin einig, eine Neuwahl des Landtags sobald als möglich durchzuführen. Die Regierungsparteien von CDU und FDP möchten es noch hinauszögern, werden sich aber wohl nicht durchsetzen mit ihrem Wunsch den vom Gericht spätest genannten Termin im September 2012 durchzusetzen.

Das bedeutet für uns, wir müssen rechtzeitig über die Frage des Eingreifens in den politischen Wahlkampf diskutieren und beschließen. Die Mindestanforderung sollte sein, unser Forderungsprogramm zu überarbeiten und damit Politik zu machen.

Für einen Politikwechsel in Schleswig-Holstein

Nicht nur wählen gehen – Außerparlamentarischen Druck verstärken!

Das war der Titel unseres Forderungsprogramms mit dem wir zu den Landtagswahlen im September 2009 politisch gearbeitet haben. Die darin gestellten Fragen und Probleme haben sich seitdem nicht gelöst, die Situation im Land nicht verbessert. Im Gegenteil:

- die Privatisierung öffentlichen Eigentums wie. Z.B. des UK SH wird weiter vorangetrieben
- entgegen allen Aussagen ist kein Sinken der tatsächlichen Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen, die prekäre Beschäftigung nimmt zu
- der Bildungsabbau geht weiter – wir erinnern uns an die großen Demonstrationen von Lehrkräften, SchülerInnen und StudentInnen im Juni diesen Jahres
- die Nazis treiben weiter ihren braunen Spuk in diesem Land
- der Raubbau an Natur und Umwelt geht weiter – ich sage hier nur CO2-Endlager, Fehmarn-Belt-Querung und AKW in Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel
- die Militarisierung der Gesellschaft nimmt, das macht sich unter anderem deutlich dass trotz des geplanten Rückbaus von Bundeswehrstandorten in Schleswig-Holstein die Produktion im militärischen Bereich zunimmt, z.B. auf der HDW wird der U-Boot-Bau weiter getrieben, im zivilen Schiffbau geht die Diskussion über den Abbau von Arbeitsplätzen weiter. In dieser Frage sind wir auch in den Gewerkschaften gefordert, um unsere Haltung zur Kriegsproduktion deutlich zu machen. Wir fordern Pläne und Konzepte die eine Umwandlung der Militär- in die Zivilproduktion vorsieht.

Dies sind nur einige Punkte, die notwendig sind, um den Druck auf die Herrschenden zu verstärken.

Objektiv ist es so, dass die Bewegungen, also die Mehrheit der Menschen in diesem Land, aber auch wir KommunistInnen gestärkt aus den aktuellen Kämpfen hervorgehen können. Möglich ist es, wenn wir Alternativen zu dem bisherigen Gesellschaftssystem aufzeigen können.

Möglich ist es, wenn die Menschen nicht nur ihre Lage erkennen, sondern bereit sind dafür einzutreten, sie zu ändern.

Umfragen z. B. von der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen, dass es immer mehr Menschen gibt, die sich ein anderes Gesellschaftssystem als den Kapitalismus vorstellen können. Da stimmen z.B. 30,9 % der Aussage zu: „Die wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt“, und 59,9 % sagen „ In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse“. Sie scheint also vorhanden zu sein, die Erkenntnis das wir in einer Klassengesellschaft leben in der sich die Einen durch die Arbeit der Anderen bereichern. Zunehmend wird erkannt, dass wir in einer Klassengesellschaft leben und dass die aktuellen Probleme wie Hunger und Armut, aber auch

Kriege in der Welt Probleme des Kapitalismus sind. Das kann neue Chancen für die kommunistische Idee bieten.

Damit meine ich nicht gleich, dass die Revolution vor der Tür steht, sondern dass ein Wechsel in der Richtung der Politik erfolgt. Das geht über einen Wechsel der Parteien an der Regierung weit hinaus.

Wenn sich aus den unterschiedlichsten Bewegungen gewissermaßen ein Netzwerk für Veränderung entwickelt und die DKP einen Beitrag dazu leistet und sich aktiv in die Bewegungen einbringt, wird eine Stärkung der DKP möglich sein. Wenn wir in den Bewegungen ein anerkannter und vorwärtsweisender Partner werden, dabei gleichzeitig die Diskussion um die sozialistische Alternative entwickeln, wird eine Stärkung möglich sein. Das, Genossinnen und Genossen, ist eine große Herausforderung für eine zahlenmäßig so kleine Partei wie die unsere, noch dazu eine Partei, die momentan über Weg und Ziel streitet und wie es manchmal aussieht hier einen guten Teil ihrer Kraft und Energie lässt.

Fakt ist: mit der Diskussion um unsere inhaltlichen Fragen allein werden wir weder eine Stärkung der Bewegungen noch unserer Partei erreichen. Dazu ist das aktive Handeln notwendig. In dem „Aktionsorientierten Forderungsprogramm“ sagen wir: „Zum Profil der DKP gehört es, sowohl die eigenen Positionen zu stärken und eigene Aktivitäten weiterzuentwickeln, als hierbei auch die Zusammenarbeit und Bündnisse mit anderen linken und demokratischen Kräften zu suchen.“

Suchen wir also die besten Möglichkeiten die Politik in unserem Land mit zu gestalten.

Tragen wir zu viel Bewegung bei, bringen dabei aber unsere eigenen Forderungen und Ziele ein.

Lassen wir zum Schluss noch einmal *Lenin* zu Wort kommen, der in „Was tun – Brennende Fragen unserer Bewegung“ sagt:

**„Nur, wer zu sich selbst kein Vertrauen hat, kann sich vor vorübergehenden Bündnissen, und sei es auch mit unzuverlässigen Leuten, fürchten, und keine politische Partei könnte ohne solche Bündnisse existieren.“**